

Zeitschriftenschau

GUDRUN CHO

Über das aktuelle Thema UNCTAD III waren in den bis Ende Mai erschienenen ausländischen Zeitschriften keine Analysen enthalten. Laufende Berichte sind zu finden in Wochenzeitschriften wie **Far Eastern Economic Review** (Hongkong), **Eastern Economist** (New Delhi), **Economic and Political Weekly** (Bombay). Bevorzugt behandelte Themen waren **Bangladesh** und das gerade auch durch UNCTAD III aktuell gewordene **Verhältnis Japans zu den Entwicklungsländern**, insbesondere den Ländern Südostasiens.

In der in London erscheinenden Monatsschrift **Far East Trade & Development** (Vol. 27, Nr. 2, Februar 1972, S. 71: „Japan's Approach to Third UNCTAD“) wird in einem Artikel der Inhalt einer Rede wiedergegeben, die Professor Kiyoshi Kojima (Hitotsubashi Universität) am 24. Januar vor dem Londoner Overseas Development Institute hielt. Einleitend macht der Verfasser die inzwischen eingetretene Voraussage: „UNCTAD III would end with frustration and disappointment for developing countries“ und zwar, weil die Konferenz zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo die entwickelten Länder selbst mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. „This is a critical moment: the international monetary system must be revised; tariffs and non-tariff barriers must be reduced; and for a smooth adjustment of balance of payments, structural adjustment is needed in each country's industries in response to changes in comparative costs.“

Der Verfasser untersucht dann Japans Rolle und Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern. Bisher habe Japan sich zu sehr auf die benachbarten ost- und südostasiatischen Länder konzentriert. 1970 seien 75% der offiziellen japanischen Entwicklungshilfe in dieses Gebiet geflossen. Der Verfasser meint, es sei wünschenswert, daß Japan mehr Hilfe an Lateinamerika, den Mittleren Osten und Afrika leiste und daß mehr dieser Hilfe über internationale Organisationen fließe. Der Artikel beschränkt sich auf rein wirtschaftliche Fakten und läßt jegliche politische Argumentation außer acht.

Wie wichtig die politischen Aspekte der japanisch-südostasiatischen Wirtschaftsbeziehungen sind, zeigt der Artikel von Kinhide Mushakoji in **Le Monde Diplomatique** (April 1972, S. 4: „L'incertitude subsiste sur le rôle du Japon en Asie“). Seine rasche wirtschaftliche Expansion in einem Gebiet, das von Japan einst „ostasiatische Wohlfahrtssphäre“ genannt wurde, erweckt dort unweigerlich die Furcht vor einem Wiederaufleben des politischen und militärischen Imperialismus Japans. In Anbetracht der aus der Vergangenheit stammenden Ressentiments und in Anbetracht der wirtschaftlichen Diskrepanz (Ende der 70er Jahre wird das Bruttosozialprodukt Japans dreimal höher sein als das aller nicht-sozialistischen Länder Südostasiens zusammengenommen) hat Japan jetzt einige Forschungsprojekte laufen, die über die weitere Gestaltung der Politik gegenüber Südostasien Aufschluß geben sollen. Die japanische Südostasienpolitik gerate aber in ein Dilemma, wenn die Amerikaner letzten Endes darauf bestünden, daß die Japaner entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke auch militärische Verantwortung für die Sicherheit der Region übernehmen sollten. Ein Ausweg aus dem Dilemma wäre nach Ansicht des Autors eine sino-japanische Annäherung mit dem Ziel eines Abkommens über die friedliche Koexistenz beider Länder mit ihren asiatischen Nachbarn. Erstrebenswert sei außerdem die enge Zusammenarbeit aller südostasiatischen Entwicklungsländer im Rahmen eines neutralen Zusammenschlusses. Ein solches Bündnis würde ein gutes Gegengewicht sowohl gegen den japanischen als auch gegen den chinesischen Einfluß bilden. Eine politische Umorientierung Japans von den westlichen Ländern hin zu seinen asiatischen Nachbarn läßt sich bereits an Hand der internationalen Verträge, die Japan zwischen

1951 und 1965 abgeschlossen hat, erkennen. In seinem Artikel „Japanese Treaty Patterns“ in **Asian Survey** (Vol. XII, Nr. 2, Februar 1972, S. 242–258) kommt der amerikanische Politologe L. Jerold Adams nach einer interessanten und sorgfältigen Analyse der 355 Verträge zu dem Schluß: „Japan will maintain its ties with the West but will not necessarily rely solely on this relationship. As treaty relations are expanded to include more of the developing nations, especially in Asia, the reliance on the West will gradually lessen though remain open. Also, as Japan becomes more sensitive to its role in Asia, careful re-consideration will have to be given regarding its policy toward the Chinese mainland. ... Clearly, Japan is again moving toward the hegemony it once held over Asia. The nature of this hegemony will, however, be based on treaties governing the regulating and relations of Japan and its Asian neighbors as it will in Japan's relations with the remainder of the world community.“

Eine nicht unwesentliche Rolle wird das Verhältnis zu Australien und das Australiens gegenüber den Ländern Südostasiens spielen. Das veranschaulicht der Artikel des australischen Wirtschaftswissenschaftlers H. W. Arndt in **Australian Outlook** (Vol. 25, Nr. 3, Dezember 1971, S. 319–333) „Economic Prospects for the 1980s“. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß Japans Wirtschaftswachstum aller Wahrscheinlichkeit nach anhalten wird, während in den südostasiatischen Ländern vor allem die Bevölkerung wachsen wird. Wahrscheinlich werde die Industrialisierung dieser Länder auch voranschreiten, aber kaum mit dem Bevölkerungswachstum schritthalten können. Der Verfasser verspricht sich unter den gegebenen politischen Bedingungen nicht viel von einem wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser Länder, da ein solcher von den Japanern beherrscht werden würde: „De facto rather than jure, regional economic co-operation may by then be largely centred on Tokyo.“ Anders sähe die Situation allerdings aus, spekuliert der Autor, wenn die Länder mit Ausnahme Japans bis 1980 alle kommunistisch würden. Dann sähen sich Japan und Australien einem südostasiatischen „Comecon“ gegenüber und wären letzten Endes aufeinander und auf stärkeren Handel mit Lateinamerika angewiesen. Wenn die politische Lage nicht eine solche radikale Änderung erfahre, würde Australien den Ländern Südostasiens gegenüber wirtschaftlich die Rolle spielen, die Japan Südostasien und Australien gegenüber einnimmt: „By providing a relatively near-by, large and rapidly expanding market for their minerals and other primary products (and increasingly also for a great variety of manufactures) Japan's growth will make all the difference to their own growth prospects, very greatly reducing and in some cases virtually eliminating what would otherwise be almost insuperable balance of payments obstacles to rapid domestic economic development. But the price of this inestimable benefit will be increasing dependence on the Japanese market for their exports and at least for the southeast Asian countries (much more so than for Australia) dependence on Japan as a source of external finance and capital goods and on Japanese firms as major partners in domestic enterprise.“

Zum zweiten Themenkreis: Bangladesh findet sich in **International Affairs** (Vol. 48, Nr. 2, S. 242–249: G. W. Choudhury — „Bangladesh: Why it Happened“) eine Hintergrunddarstellung, die die bisher schon besprochenen Argumente (vgl. Zeitschriftenschau Januar 1972) enthält. Aus anderer Sicht und daher interessant (obwohl der Artikel noch vor der indischen Intervention geschrieben wurde) argumentiert Feroz Ahmed in: **Bulletin of Concerned Asian Scholars** (Vol. 4, Nr. 1, Winter 72, S. 2–18: „The Struggle in Bangladesh“). Der Autor beginnt mit der Feststellung: „The most common explanation of the conflict, i.e. traditional hatred between the Bengalis and Punjabis, misses the point entirely. In this brief article I shall attempt to show that the conflict in Pakistan is a synergetic product of the United States' foreign policy operating within Pakistan's social structure.“ Ohne die starke amerikanische Unterstützung Pakistans, die — dafür sorgte die westpakistanische Führungselite — fast ausschließlich Westpakistan zugute kam, hätte die Diskrepanz zwischen den beiden Teilen des Landes niemals derart extrem werden können. „By 1969 the United States had provided \$3 billion in grants and loans — mainly loans in the later years — for Pakistan's economic development. Among the many strings attached to U.S. aid was the explicit guideline to encourage 'private enterprise'.“ Die Wirtschaftshilfe, die — nicht nur von den USA — an Pakistan geleistet wurde, war so umfangreich, daß 35% des ersten Fünfjahresplans, 50% des zweiten und 26% des dritten

sich auf ausländische Darlehen stützte, wobei der Rückgang im dritten Fünfjahresplan nicht auf wachsende Selbständigkeit, sondern auf die Mißstimmung infolge der pakistanisch-chinesischen Freundschaft zurückzuführen ist. So habe Harvard-Professor Edward Mason bereits im September 1966 festgestellt, daß die Auslandshilfe den einzigen bedeutenden Faktor des pakistanischen Wirtschaftswachstums bilde. Ergebnis des Wirtschaftswachstums nach kapitalistischem Muster: „20 families came to control 80% of the banking, 70% of the insurance and 66% of the industrial assets of Pakistan.“ Dazu ließ die amerikanische Militärhilfe die Armee, deren Hauptquartier in Westpakistan war und deren Führung fast ausschließlich aus Westpakistanis bestand, zum Verteidiger der Besitzenden werden: „In 1958 the army asserted its hegemony by staging a coup in order to prevent the scheduled general elections. The leader of the coup, General Ayub Khan, later revealed that he had consulted officials in Washington, including CIA chief Allen Dulles, before declaring martial law in Pakistan.“

In Anbetracht dieser Tatsachen muß die chinesische Unterstützung Pakistans um so unverständlicher erscheinen. Sie verständlich zu machen versucht Edward Friedman in demselben Heft des **Bulletin of Concerned Asian Scholars** (S. 99–108: „China, Pakistan, Bangladesh“). Der Verfasser gibt sich die größte Mühe, das Verhalten Chinas zu erklären, z. B. mit dem Argument, daß der langfristige Kampf gegen den Imperialismus auch kurzfristige Bündnisse mit feudalistischen Herrschern rechtfertige, aber er räumt schließlich selbst ein: „We just don't know whether the leadership in Peking was so concerned with political struggles at home that it merely continued foreign politics — i.e., support of the government in Islamabad — as usual. There simply may have been no time or energy for new analysis and new departures.“ Im zweiten Teil seines Artikels geht der Autor ausführlich auf die Gegnerschaft Chinas zur UdSSR ein und kommt zu dem Ergebnis, daß eben diese der eigentliche Grund für die Unterstützung Pakistans sei. „Maoists tend to act on the solid military strategy of taking on only one major enemy at a time. Since the middle to late 1960's that enemy for China has been the Soviet Union. Consequently, the Pakistani government grew ever more important to China as a breach in Moscow's iron chain around China's periphery.“ Es gehe letztlich um die Integrität des chinesischen Territoriums. Die UdSSR versuche, Tibet und Sinkiang in seine Einflußsphäre zu bringen. „Interventionists in the Soviet Union out for a showdown with the Mao group might become enamoured with the possibilities of stepping up pressure against China and urge India on to wilder, more reckless moves.“

Verschiedene Perspektiven der Bangladesh-Frage aus indischer Sicht werden im Februarheft (Nr. 150) der in New Delhi erscheinenden Monatsschrift **Seminar** untersucht. Allen fünf darin enthaltenen Artikeln gemeinsam ist die unverhohlene Freude über die Niederlage Pakistans. „It has been no ordinary defeat. Pakistan is not the only country which has lost a large chunk of territory at the end of a short war but what is unique is that it can put forward no legitimate claim to the lost province. Nor can they ever hope to regain it by force“, schreibt Sisir Gupta in seinem Aufsatz „Pakistan's dilemmas“ (S. 12–16). Er untersucht dann, ob und wie es Bhutto gelingen könnte, seine Stellung in Pakistan und Pakistans Stellung in der Völkergemeinschaft zu stabilisieren und er kommt zu dem Schluß: „It would be better for India to live with a strong, stable democratic and a secular Pakistan than to live with a confused, chaotic, problem-ridden and externally dominated neighbour.“ Für Imtiaz Ahmad, der unter der Überschrift „Psychological repercussions“ (S. 17–22) schreibt, ist die Entstehung Bangladeshs „a vivid testimony to the failure of an experiment in nation building“. Er sieht darin den Beweis, daß die gemeinsame Religion für den staatlichen Zusammenhalt nicht ausreicht, besonders dann nicht, wenn eine diktatorische Regierungsform dazukäme. Das Scheitern Pakistans zeige, daß Indien den richtigen Weg eingeschlagen habe, indem die indische Führung von Anfang an davon ausgegangen sei, „that the answer to the problem of national unity in a plural society like India could not be found within a framework of religious and ethnic nationalism. A sense of common citizenship, social and economic well-being of all citizens, and the sharing of a common political future could alone promote the integration of its different subcultures and social strata. Consequently, they set the goal of secularism and equality and welfare of all citizens without regard to differences in their caste, creed and ethnic origin as the cardinal principles of Indian nationhood. The task of nation-building since

independence in India has been based on these goals of national policy.“ Der Autor räumt immerhin ein, daß diese Ziele bei weitem nicht erreicht worden seien, aber er meint, das liege nicht am System, sondern eben an Gruppen wie den Moslems, die nicht einsähen, daß diese Ziele vorrangig seien. Er hofft, daß die Entstehung Bangladeshs dazu beitragen werde, die Moslems aus den Ketten ihrer traditionellen Denkweise zu befreien, so daß sie eine dynamischere und konstruktivere Rolle in einem modernen Indien übernehmen würden.

Mit den wirtschaftlichen Folgen für Indien und Bangladesh befaßt sich Boudhayan Chattopadhyay („Economic dimensions“, S. 22–28). Die Tatsache, daß Indien in nächster Zeit Bangladeshs Haupthandelspartner sein werde, bedeute nicht nur eine enge Verknüpfung der beiden Währungen, sondern werde für Indien eine wirtschaftliche Umorientierung nötig machen. Aus Konkurrenten (für Jute und Tee) müßten Partner werden. Erstrebenswert wäre nach Ansicht des Autors eine Handels- und Zollgemeinschaft mit Bangladesh.

Weltpolitische Aspekte der Entstehung Bangladeshs untersuchen Rajeshwar Dayal („Global dimensions“, S. 29–32) und Romesh Thapar („Our security scenario“, S. 33–35). Beide Autoren betonen, daß die USA und China durch ihr Verhalten gegenüber Bangladesh in Asien an Gesicht verloren haben. Der erstere glaubt, daß dadurch vor allem Indien an Prestige in der Dritten Welt gewonnen habe: „India now has a great opportunity to befriend the small independent states of South East Asia who complain bitterly of past Indian neglect and indifferences. They know that India has no economic or political expansionist aims in the area and if they have any doubts about the disinterested nature of Indian friendship, the example of the unconditional assistance afforded to Bangla Desh in its birth pangs, should suffice to reassure them.“ Bangladeshs Befreiungskampf habe ein Vorbild für afrikanische und lateinamerikanische Staaten geliefert und Indien und Bangladesh müßten jetzt die Gelegenheit ergreifen, um ihre Beziehungen zu diesen Staaten zu festigen. Der Autor des zweiten Artikels sieht dagegen neue Möglichkeiten für die EWG und für Japan in Asien unter der Voraussetzung allerdings, daß sie sich von der seiner Ansicht nach zur Zeit in Europa und Japan herrschenden China-Euphorie befreien. „In Europe and in Japan, we are today witnessing an extraordinary euphoria about China and the pristine quality of Maoism. The mass media, irrespective of ownership and control, are in many ways feeding this euphoria which reflects in passing the almost naive US discovery of communist China.“ Nach der Überwindung dieser Euphorie werde man erkennen, daß gerade Japan und Europa den Manipulationen der Supermächte am besten entgegneten können: „Both seek freedom of manoeuvre and refuse to be taken for granted. Both can swing the odds against this or that super power and its allies. Both will be wooed. And both will take decisions on the basis of hard practical advantage.“ Eine kritische Analyse der Lage Bangladeshs ist unter diesen Aufsätzen nicht enthalten. Kontinuierlich berichtet **Far Eastern Economic Review** über die Entwicklung in Bangladesh. Eine Analyse versucht M. L. Chowdhury in **Le Monde Diplomatique** (Mai 1972, S. 1/12: „Les débuts difficiles du Bangla-Desh.“) Was die Autoren des **Seminar** verschweigen, stellt M. L. Chowdhury gleich in den ersten Sätzen seines Artikels fest: Durch die indische Intervention ist die Revolution in Bangladesh auf halbem Wege steckengeblieben. Dennoch hat der Befreiungskampf das Bewußtsein der Bevölkerung verändert. Wenn es Mujibur nicht bald gelingt, mindestens der Hungersnot Herr zu werden, wird es bald wieder bewaffnete Konflikte geben, denn trotz der wiederholten Aufforderung der Regierung, die Waffen abzuliefern, haben die meisten der Guerillos ihre Waffen behalten und machen zur Zeit schon davon Gebrauch, wenn es gilt, Nahrungsmitteltransporte zu plündern.

Während das Land immer tiefer in die Wirtschaftskrise und in soziales Chaos treibt, scheinen die Politiker damit beschäftigt zu sein, ihre privaten Querelen zu regeln und Kollaborateure zu liquidieren. In Regierungskreisen breitet sich die Korruption aus (schwunghafter Handel mit Lizenzen aller Art und mit Ausreisegenehmigungen für reiche Biharis) und Mujibur hat ganz offen zur Hetzjagd auf die Naxaliten aufgefordert, offensichtlich, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung von der Regierung abzulenken. Ob es zu einem regelrechten Bürgerkrieg kommt, ist nach Meinung des Autors fraglich. Fest stehe lediglich, daß sowohl Indien als auch die Sowjetunion eingreifen würden, wenn es dazu käme.